HANDLUNGSPROGRAMM

ESSEN.2020

FÜR EINE BESSERE STADTPOLITIK.

ESSENER BÜRGER BÜNDNIS

EBB

VORWORT

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

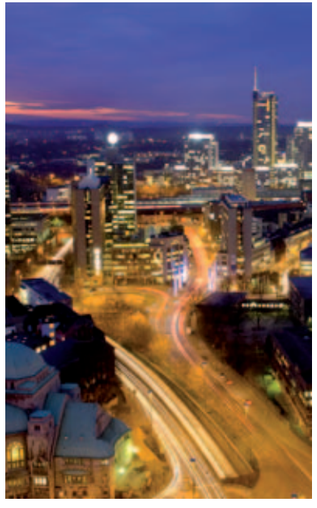
am 25. Mai geht es um die Zukunft unserer Stadt. Wir Bürger haben es in der Hand. Wir entscheiden, welchen Weg unsere Heimatstadt Essen einschlagen wird.

Unser Handlungsprogramm „Essen. 2020“ steht dafür, dass Essen als Zentralstadt des westlichen Reviers in der Metropole Ruhr zukunftsorientiert aufgestellt wird:
stark – attraktiv – bürgerorientiert.

Mit unseren Leitvorstellungen, Ideen und Vorschlägen engagieren wir uns für eine bessere Stadtpolitik. Als stadtpolitische Alternative aus der Mitte der Gesellschaft werben wir um Ihr Vertrauen.

Wir bitten Sie deshalb herzlich,
setzen Sie zum Wohle unserer Stadt auf eine Kommunalpolitik der Vernunft:
sachbezogen - ideologiefrei - pragmatisch.
Dafür steht das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS.

Mit freundlichen Grüßen
Udo Bayer
Vorsitzender der EBB-Fraktion
im Rat der Stadt Essen



AUF DEM WEG ZUR METROPOLE RUHR

SO SIEHT ES AUS

Das Ruhrgebiet ist zersplittert (53 Städte und Gemeinden, 3 Regierungsbezirke, 2 Landschaftsverbände) und politisch außengesteuert. Einzige Klammer ist der Regionalverband Ruhr (RVR).

Die Verbandsversammlungen des RVR („Ruhrparlament“) und des LVR („Parlament des Rheinlandes“) werden am 25. Mai 2014 indirekt mitgewählt.

Essen – mitten im Revier.

SO WOLLEN WIR HANDELN

- Kirchturmsdenken überwinden, interkommunale Zusammenarbeit intensivieren. Regional denken und handeln.
- Essen als ein starkes Stück Ruhrgebiet aufstellen.
- Essen und Mülheim a. d. Ruhr zur Metropole des westlichen Reviers verschmelzen.
- An das Kulturhauptstadtjahr 2010 anknüpfen: Was zusammengehört, muss zusammenwachsen! Stadt und Region müssen auf positiven Wandel setzen.
- Die administrative Zerstückelung und „Fremdverwaltung“ des Ruhrgebiets beenden. Das Ruhrgebiet soll eigenständiger Regierungsbezirk werden.

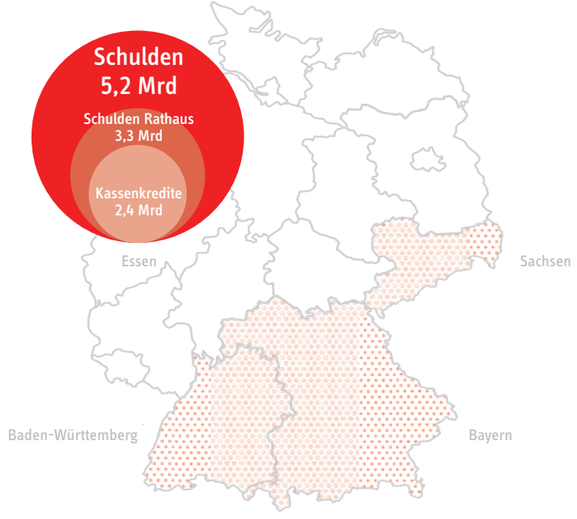
STADTFINANZEN

SO SIEHT ES AUS

Essen ist hochverschuldet. Ein gigantischer Schuldenberg von rd. 5,2 Milliarden € türmt sich auf. Auf das Rathaus entfallen rd. 3,3 Milliarden € und auf die städtischen Gesellschaften 1,9 Milliarden € Schulden.
Die Lage ist dramatisch.

Essen ist die Stadt mit den bundesweit höchsten Kassen (= Überziehungs)-Krediten. Mit Kassenkrediten von 2,4 Milliarden € ist unsere Stadt dreimal so hoch verschuldet wie alle bayerischen, sächsischen und baden-württembergischen Kommunen zusammen.

Der städtische Haushalt ist seit 2 Jahrzehnten defizitär. Das Rathaus lebt auf Pump. Täglich gibt es 350.000 € mehr aus, als es einnimmt, und täglich muss es – trotz historischer Niedrigstzinsen – über 200.000 € Zinsen zahlen.



Essen hat nur noch ein Eigenkapital von rd. 700 Mio. €. Die Ausgleichsrücklage wurde schon 2008 vollständig aufgezehrt. Würden die RWE-Aktien der Stadt wertberichtigt, stünde Essen vor der Überschuldung.

Um den Stadtbankrott abzuwehren, der Zinsfalle zu entkommen, der Politik von Pump und Pleite zu entsagen und den gigantischen Schuldenberg schrittweise abzutragen, setzt sich das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS seit seiner Gründung 2004 für einen grundlegenden Politikwechsel ein.

STADTFINANZEN

SO WOLLEN WIR HANDELN

- Das große Ziel des ESSENER BÜRGER BÜNDNIS: So schnell wie möglich den städtischen Haushalt ausgleichen.
- Nach dem Vorbild von Bund und Ländern eine „Essener Schuldenbremse“ einführen, die 2020 in Kraft tritt.
- Die Generationenaufgabe stemmen: den exorbitanten Essener Schuldenberg ab 2014 schrittweise abbauen.
- Den vom ESSENER BÜRGER BÜNDNIS initiierten Politikwechsel konsequent fortsetzen und Haushaltskonsolidierung als permanenten Prozess verankern.
- Beim Sparen mit gutem Beispiel vorangehen: die Kosten für Rat und Ratsfraktionen um mindestens 10 % kürzen, die Anzahl der Bezirksvertretungen von 9 auf maximal 7 reduzieren und Überlegungen zur Verkleinerung des Rates anstellen.

**Stadtfinanzen sanieren.
Haushalt ausgleichen.
Schulden abbauen.**

- Endlich systematisch Ausgaben- und Aufgabenkritik betreiben und sämtliche städtischen Ausgabenansätze auf Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit und Zukunftstauglichkeit überprüfen.
- Die kommunale Infrastruktur der Bevölkerungsentwicklung anpassen und sie nach der Maxime „Konzentrieren und Optimieren“ zukunftsorientiert ausrichten.
- Essener Sonderwege beenden, kommunale Leistungsstandards abgleichen und in der Aufgabenwahrnehmung stärker als bisher auf Technologieunterstützung setzen.

- Stark risikobehaftete Finanzgeschäfte (z. B. Cross-Border-Leasing) und Fremdwährungskredite gezielt zurückführen.
- Das Gestrüpp an Beteiligungsgesellschaften lichten, ihrem privilegierten Eigenleben ein Ende bereiten und jeder Form von Selbstbedienung einen Riegel vorschieben.
- Die Schattenhaushalte der städtischen Gesellschaften überprüfen, versteckte Risikopotenziale aufdecken und unternehmerische Risiken zurückführen. Die Ausgliederung von kommunalen Aufgaben darf weder Schlupfloch noch Verschiebebahnhof kommunaler Politik sein.
- Regionale Kooperationen zum Abbau von Bürokratie verstärkt weiterentwickeln und in der Aufgabenwahrnehmung zwischen den Zuständigkeiten des Landes und der Stadt klar unterscheiden.
- Sparen beginnt oben. Parallel- oder Mehrfachstrukturen im „Konzern Stadt“ abschaffen und hochdotierte Personal- und Organstellen auflösen, die nur Wasserköpfe schaffen und den Parteienfilz verstärken.
- In der Ratsperiode 2014 – 2020 einen eigenständigen, monatlich tagenden Finanzausschuss etablieren, kommunale Abgaben und Gebühren so weit wie möglich stabil halten und auf eine „Bürgerdividende“ in der Zukunft abzielen.
- Die Konsolidierungs- und Entschuldungspolitik für die Stadt politisch flankieren: den Solidarpakt neu ausrichten, den Stärkungspakt wahren, das Konnexitätsprinzip durchsetzen und Städte und Gemeinden durch bundesgesetzliche Regelungen entlasten.

„KONZERN STADT“

SO SIEHT ES AUS

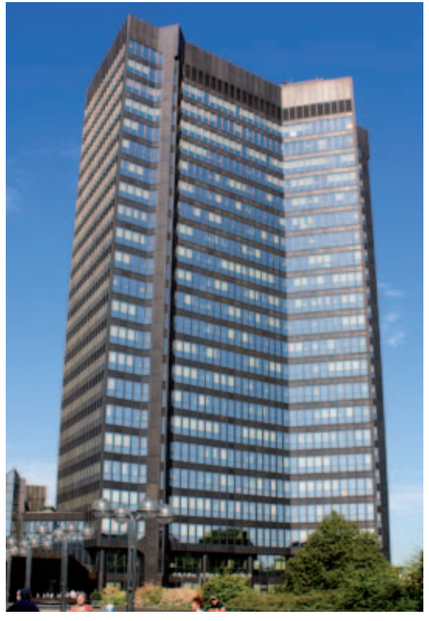
Der „Konzern Stadt“ ist ein aufgeblähter Apparat mit fast 20.000 Beschäftigten. Die Personalkosten für Stadtverwaltung, Eigenbetriebe und über 70 städtische Gesellschaften betragen jährlich insgesamt fast 1 Milliarde €. Allein für die städtischen Unternehmen leistet sich Essen rd. 600 Aufsichtsräte.

Durch Scheinprivatisierungen und Parallelstrukturen ist ein Geflecht unkontrollierter Abhängigkeiten entstanden. Viele Beteiligungsgesellschaften führen ein kostspieliges Eigenleben. Trotz erster Aufgabenkritik und signifikantem Stellenabbau in der Kernverwaltung steigen die Personalkosten im „Konzern Stadt“ weiter an. Auch der Mitarbeiterzuwachs in den Beteiligungsgesellschaften geht ungebremst weiter.

Übersicht und Transparenz sind verlorengegangen, der Einfluss des Rates geschwunden. Der „Konzern Stadt“ bleibt unter seinen Möglichkeiten. Es fehlen zukunftsfähige Strategien, klare Strukturen, Linie, Führung und Risikobewusstsein.

1 Mrd. €
Personalkosten / Jahr

Hinzu kommt: die Politik in unserer Stadt ist verfilzt. Auf rotem Filz liegt schwarzer Filz und der ist inzwischen grün durchwirkt. Und dies hat Methode: die etablierten Parteien behandeln im Schulterschluss mit der Verwaltung die Stadt als ihr Eigentum. An die Stelle von Gemeinwohlorientierung ist häufig ein Amigo-System aus Klientel- und Parteiinteressen getreten. Doch der „Konzern Stadt“ gehört nicht den Parteien und nicht der Verwaltung. Unsere Stadt gehört den Bürgern!



**Verwaltung zukunftsorientiert aufstellen.
„Konzern Stadt“ aufräumen.
Filz beseitigen.**

SO WOLLEN WIR HANDELN

- Für den „Konzern Stadt“ und seine Teilbereiche eine einheitliche Strategie entwickeln, die für Klarheit sorgt, Ziele vorgibt und Ressourcen schont.
- Die Dominanz der Verwaltung gegenüber der Politik zurückdrängen und das Verhältnis von Politik und Verwaltung wieder vom Kopf auf die Füße stellen.
- Pöstchenschieberei unterbinden, Filz beseitigen, gesamtstädtisches Bürgerinteresse statt Partikularinteressen verfolgen und Sach- statt Parteipolitik betreiben.
- Klare Strukturen der kommunalen Aufgabenwahrnehmung schaffen und eine zentrale politische Steuerung durch den Rat gewährleisten.
- Städtische Gesellschaften nach den Regeln des Corporate Governance Codex führen. Umfassende Transparenz herstellen und bei Regelverstößen zeitnah adäquate Sanktionen verhängen.
- Jede Form eines Amigo-Systems aus Klientel- und Parteiinteressen verhindern und gegen Günstlings- und Parteibuchwirtschaft eintreten. Bei Aufdecken von Missständen gilt: Rücktritte ersetzen keine Aufklärung!
- Zukunftsorientierte Reorganisation und Leistungssteigerung der Verwaltungsstrukturen unter aufgabenorientierten Gesichtspunkten herbeiführen.
- Die städtischen „Produktionsbereiche“ entschlacken und deutliche Kostensenkung für Verwaltung und Personal durch Bürokratieabbau, Modernisierung, Standardreduzierung und Ablaufoptimierung anstreben.
- Kunden- und Serviceorientierung, Kreativität und Innovation auf allen Verwaltungsebenen einfordern und die Mitarbeiter in die notwendigen Veränderungsprozesse einbeziehen.
- Angesichts der demografischen Entwicklung und des absehbaren Fachkräftemangels gezielt Personalrekrutierung, Nachwuchsförderung und Mitarbeiterqualifizierung betreiben. Weiteren Stellenabbau im „Konzern Stadt“ durch intelligentes Personalmanagement auch ohne Entlassungen realisieren.

WIRTSCHAFT UND ARBEITSPLÄTZE

SO SIEHT ES AUS

Essen ist die Aufsteigerstadt des Jahres 2013. Im Ranking zur Zukunftsfähigkeit der deutschen Städte hat unsere Stadt stark aufgeholt und gehört jetzt zu den TOP 10 der besten Wirtschaftsstandorte Deutschlands.

9 der 100 umsatzstärksten deutschen Unternehmen haben ihren Sitz in Essen. In 12.700 Betrieben, davon über 80 % im Dienstleistungssektor, wird ein Brutto-Inlandsprodukt von rd. 23 Milliarden € erwirtschaftet. Die Wirtschaftsleistung pro Erwerbstätigem beträgt überdurchschnittliche 81.000 €.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichten Arbeitsplätze ist in den letzten 5 Jahren um rd. 18.000 auf rd. 221.000 gestiegen. 140.000 Menschen kommen jeden Tag zur Arbeit nach Essen. Als Sitz international agierender Konzerne weist unsere Stadt einen erheblichen Pendlerüberschuss auf.

Doch die positiven Wirtschaftsdaten stehen in hartem Kontrast zur hohen und wie betoniert wirkenden Arbeitslosenquote, die mit mehr als 12% fast doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt ist. Von den rd. 36.000 arbeitslos gemeldeten Essenerinnen und Essenern haben knapp 7.000 Anspruch auf Arbeitslosengeld, während rd. 29.000 Grundsicherung für Arbeitssuchende („Hartz IV“) beziehen. Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit belasten den städtischen Haushalt jährlich mit rd. 156 Millionen €.

SO WOLLEN WIR HANDELN

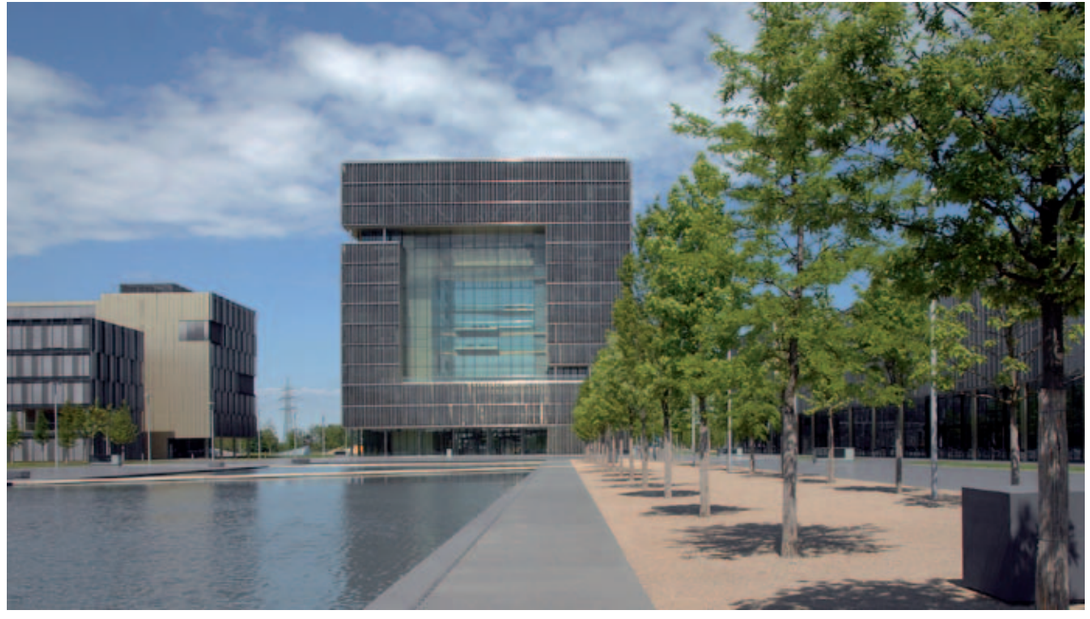
- Essen als herausragenden Standort von DAX-Unternehmen markieren und insbesondere als Energie-Großstadt („Stadt der Energie / Energiewirtschaft“) profilieren.
- Essen als „Schreibtisch des Reviers“ und als innovative Dienstleistungsmetropole zukunftsorientiert weiterentwickeln.
- Essen als qualifizierten Produktionsstandort aufstellen und einen „Masterplan Industrie und Gewerbe“ erarbeiten. „Industrie 4.0“ mittelfristig als neue wirtschaftliche Säule etablieren.
- Essen als Wissenschaftsstandort stärken und die Universität als Standortfaktor herausstellen. Wissenschaft und Wirtschaft vernetzen und die Potenziale von Universität, Hochschul- und Forschungseinrichtungen für die Essener Wirtschaft gezielt nutzbar machen.
- Essen als wachstumsstarken Gesundheitsstandort („Essen heilt und forscht“) weiter stärken, Anreize für Forschungsinitiativen schaffen und das renommierte Universitätsklinikum als regionalen Standortfaktor nutzen.
- Essen wieder zur „Einkaufsstadt im Ruhrgebiet“ machen und insbesondere die City als regionalen Einkaufsmagneten entwickeln.
- Den Masterplan Einzelhandel mit der IHK und den Stadtteilvertretern des Einzelhandels weiterentwickeln. Einzelhandel stärker in Stadtteilzentren konzentrieren und die Stadtteilzentren unter enger Einbeziehung der örtlichen Kaufmannschaft (wieder)beleben. Wohnortnahe Versorgung sicherstellen und auch die lokalen Wochenmärkte fördern.
- Die Messe im nationalen und internationalen Wettbewerb stärken und sie als wichtigen Pfeiler für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt modernisieren.
- Das Kongresswesen in enger Verzahnung mit Essener Wirtschaftsförderungs- und Essener Marketing Gesellschaft energisch ausbauen und die Essener Kongressstandorte (Messe, Grugahalle, Zollverein, Philharmonie / Saalbau etc.) angebotsorientiert synchronisieren.

WIRTSCHAFT UND ARBEITSPLÄTZE

- Die in Essen ansässigen Handels- und Handwerksbetriebe stützen und gezielt Mittelstandsförderung betreiben. Für die Ansiedlung mittelständischer Betriebe Dienstleistungen aus einer Hand durch Mittelstandslotsen anbieten und kurze Entscheidungswege in der Verwaltung sicherstellen.

- Den (Städte)Tourismus und die Kultur- und Kreativwirtschaft als entwicklungsfähige Branchen begreifen und ihren Ausbau durch Marketing-Maßnahmen unterstützen.

- Den Flächenbedarf der Wirtschaft durch Aufbereitung von Brachflächen, Mobilisierung ungenutzter Immobilien, Aufgabe städtischer Grundstücke im Rahmen kommunaler Infrastrukturrevision wie auch durch Verdichtungsmaßnahmen langfristig sicherstellen. Zusätzlich zum Recycling ehemaliger Montanflächen eine Arrondierung fragmentierter Flächen vornehmen. Identifizierung und Bevorratung von Gewerbeflächen optimieren, um für Unternehmensansiedlungen passende Angebote unterbreiten zu können.



- Den Abbau der überproportional hohen Arbeitslosigkeit als eine große Herausforderung ansehen und zugleich von der zentralen Bedeutung auskömmlicher Erwerbsarbeit für das Selbstwertgefühl der Menschen ausgehen.

- Konzertierte Aktionen mit allen relevanten Akteuren des Essener Wirtschaftslebens für ein Mehr an Beschäftigung initiieren und dabei auch unkonventionelle Wege beschreiten.

- Das Talent-Potenzial der Region heben und damit dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel frühzeitig entgegenwirken.

- Familienleben und Arbeitswelt so weit wie möglich kompatibel machen. Möglichkeiten zur Verwirklichung individueller Work-Life-Balance schaffen.

- Auf Bildung und Qualifizierung bauen und das Prinzip „Fördern und Fordern“ energisch durchsetzen.

- Neue Arbeitsförderungsmodelle in enger Kooperation mit den Essener Firmen und der IHK sowie Fleximodelle zwischen erstem und zweitem Arbeitsmarkt entwickeln.

- Konsequent und frühzeitig Langzeitarbeitslosigkeit und insbesondere „Hartz IV-Lebensläufen“ entgegenwirken. Die Ausbildungsbefähigung aller Schulabgänger sicherstellen. Niemand in Essen darf ohne Ausbildungsplatz bleiben.

- Eigenverantwortung stärken und einfordern. Zugleich aber gilt: Kein Mensch in unserer Stadt darf mit den großen Lebensrisiken alleine gelassen werden.

**Wirtschaft fördern.
Arbeitsplätze schaffen.
Arbeitslosigkeit abbauen.**

STADTPLANUNG UND STADTENTWICKLUNG

SO SIEHT ES AUS

In der polyzentrischen Struktur des Ruhrgebiets hat Essen eine wichtige Zentralitätsfunktion.

Allerdings befindet sich unsere Stadt in einer schwierigen finanziellen Lage und muss die Lasten hoher Arbeitslosigkeit tragen. Zudem wird die Stadtentwicklung durch einen massiven Flächenengpass erschwert und die begrenzt verfügbaren Flächen des 210 qkm umfassenden Stadtgebietes führen zu Konkurrenzen in der Flächennutzung.

Zur Gewinnung neuer Einwohner und zur Dämpfung der demografischen Schrumpfung und Alterung ist die Ausweisung neuer Wohnbauflächen unumgänglich. Sowohl bei Flächen für Einfamilienhäuser als auch besonders im Geschosswohnungsbau wird es dauerhafte Nachfrageüberhänge geben.

Für eine nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit bedarf es der Neu-Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben sowie einer Verbesserung der Verkehrs-Infrastruktur. Der mittelfristig zu deckende Bedarf an Gewerbeflächen wird von der Essener Wirtschaftsförderung auf 200 Hektar taxiert.

Essen ist die grünste Großstadt in NRW. Die Erholungsflächen sind inzwischen auf 11% angewachsen. Grün- und Freiflächen bleiben von hoher Bedeutung, denn eine Stadt kann dauerhaft nicht auf Kosten der Lebensqualität ihrer Bürger prosperieren.

Essen zukunftsorientiert planen und entwickeln: stark - attraktiv - urban - bürgerorientiert

SO WOLLEN WIR HANDELN

- Den Strukturwandel von der montanindustriellen Großstadt zur postmontanindustriellen Reviermetropole konsequent weiterverfolgen.
- Integrierte Stadtentwicklungspolitik betreiben, den eingeleiteten Stadtumbau gezielt fortsetzen, gute Wohnbauflächen ausweisen und attraktive neue Wohngebiete schaffen.
- Das Thema Wasser für die Stadtentwicklung fruchtbar machen, Stadtumbaumaßnahmen wie in Altendorf initiieren, weitere Projekte an der Ruhr wie in Kettwig und Kupferdreh ermöglichen und die Planungen am Rhein-Herne-Kanal energisch verfolgen.
- Den Umbau des Emschersystems und die Renaturierung der Emscher und ihrer Nebenflüsse als ökologisches und stadtentwicklungspolitisches Jahrhundertprojekt mit Nachdruck betreiben und bis 2020 abschließen. „Blauer Himmel über der Ruhr“ und „Klares Wasser an der grünen Emscher“ sind unsere Leitvorstellungen.
- Das Entwicklungskonzept Baldeneysee schrittweise problemorientiert und nutzerbezogen umsetzen. Den Mitteleinsatz auf die Stärkung der lokalen und regionalen Bedeutung des Baldeneysees als Freizeit- und Erholungsschwerpunkt focussieren.

STADTPLANUNG UND STADTENTWICKLUNG

- Gewerbliche Entwicklungsachsen insbesondere entlang den Autobahntrassen und den vierspurigen Magistralen entwickeln. Gewerbe-Standorte müssen auch im Essener Süden erschlossen werden.
- Die Trasse der A 52 offen halten und als Infrastrukturtrasse sichern.
- Messe, Gruga und Universitätsklinikum als tripolares Kraftzentrum im Herzen der Stadt begreifen und diesen wichtigen urbanen Raum in seinen Teilelementen aufeinander beziehen und synergetisch entwickeln.
- Lebendige Stadtteilzentren mit eigenem Profil stärken, denn sie strukturieren das Stadtbild.
- Nachhaltige Stadtteilkonzepte zur bewussten Förderung und Attraktivierung der Essener Stadtteile, Unter- und Nebenzentren gemeinsam mit den Bürgern erarbeiten und verwirklichen.
- Mit allen verfügbaren Instrumenten gegen den wilden Automarkt im Essener Nordwesten vorgehen.
- Die funktionale Mischung macht's: Wohnen und die Deckung alltäglicher Bedarfe sollen durch konsequent umzusetzende Einzelhandelskonzepte auf kurzen Wegen möglich sein.
- Stadtplanung und Stadtentwicklung von Essen und Mülheim a. d. Ruhr ab sofort eng verzahnen und synchronisieren. Ziel ist die Verschmelzung beider Städte.

UMWELT UND GRÜN

Lokal handeln:
Umwelt schützen - Belastungen senken - Grünflächen optimieren

SO WOLLEN WIR HANDELN

- Das Integrierte Klimakonzept konsequent umsetzen, Maßnahmen der Essener Klimawerkstatt unterstützen und gemeinsame Projekte und Aktivitäten mit anderen lokalen Partnern wie der Emschergenossenschaft initiieren.
- Stadtbezogene Risikoanalysen im Hinblick auf Klimaveränderungen vorantreiben (z. B. für das Auftreten von Starkregen), Anpassungsszenarien entwickeln und den Bürgern Informationen zur individuellen Gefährdungsabschätzung zur Verfügung stellen.
- Energiesparende Maßnahmen aktiv fördern und der Vorbildfunktion der städtischen Verwaltung gerecht werden wie bei der Umstellung der Straßenbeleuchtung und der Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden auf energiesparende LED-Anlagen.

- Mit Flächenrecycling und Freiraumsicherung die Stadtqualität verbessern und das Netz der städtischen Grünanlagen und Freiflächen qualitativ weiterentwickeln und sichern.
- Pflege und Instandhaltung der öffentlichen Grün- und Freiflächen durch Entwicklung eines ganzheitlichen Flächenmanagement-Konzeptes wirtschaftlich optimieren. „Green-Sponsoring“ fördern und repräsentative Freiflächen mit Hilfe privater Fördergelder nachhaltig aufwerten.

MOBILITÄT UND VERKEHR

SO WOLLEN WIR HANDELN

- Städtische Verkehrsplanung muss frei von Ideologie sein. Verkehr und Mobilität gründen sich auf alle Mobilitätsarten gleichermaßen und haben den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen. Mobilität ist ein Herzstück urbanen Lebens und für alle Lebensalter und Geldbeutel zu gewährleisten.

- Die Metropole Ruhr braucht ein adäquates öffentliches Nahverkehrssystem, das sich an Großräumen wie Berlin, Hamburg oder München orientiert.

- Die Nahverkehrsunternehmen der Metropole Ruhr müssen zur Leistungs- und Kostenoptimierung zusammengeführt werden. Dabei muss eine städteübergreifende, verständliche und wirtschaftlich sinnvolle neue Tarifstruktur entwickelt werden. Mit der nachfrageorientierten Optimierung des Verkehrsangebotes muss eine signifikante Defizitabsenkung der EVAG einhergehen.

Mobilität sichern.
Verkehrsinfrastruktur verbessern.
ÖPNV optimieren.

- Den ÖPNV attraktiv und bezahlbar machen. Seine Servicequalität steigern. Kundenfreundlichkeit, Sauberkeit und Sicherheit gewährleisten. Alkohol- und Rauchverbot in allen Bussen und Bahnen der EVAG! Die Träger des ÖPNV ermächtigen, Fahrgäste abzulehnen, die gegen die Beförderungsregeln verstoßen. Null-Toleranz gegenüber betrunkenen oder gewalttätigen Fahrgästen!

- Die Ticket-Struktur des ÖPNV auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger besser abstimmen (z. B. Abendveranstaltungs-, Touristik-, kombinierte ÖPNV-Taxi-Tickets u. ä.)

- Am Weiterbau der A 52 in Tunnellage festhalten. Essen braucht den Lückenschluss. Einen Ratsbürgerentscheid anstreben!

- Beschleunigung der Hauptverkehrsadern mittels intelligenter Verkehrssteuerung und höherer zulässiger Geschwindigkeiten auf den Hauptschlagadern (z. B. Ruhrallee, Alfredstraße, Aktienstraße) ermöglichen.

- Starke Verkehrsbelastungen und Wohnen vertragen sich nicht. Auf lange Sicht darf es keine unmittelbare Bebauung an zweispurigen Haupt-Verkehrsachsen mehr geben. Langfristige Strategien zur Verkehrsbündelung und zur Entflechtung von Wohnen und Verkehr müssen entwickelt werden.

- Verkehrliche und betriebskostentechnische Optimierungen durch Detaillösungen (Kreisverkehre statt Ampeln, punktuelle Nachtabschaltung von Straßenbeleuchtungen und Ampelanlagen, Einsatz sparsamer LED-Technik, Verbesserung der Parkplatz-Leitsysteme etc.) herbeiführen.

- Die Fahrradfreundlichkeit von Essens Straßen z. B. durch kostengünstiges Abmarkieren von Fahrradstreifen am rechten Fahrbahnrand weiter verbessern. Fahrradständer und Fahrradboxen an wichtigen Haltestellen für „Bike and Ride“ aufstellen.

- Das „Park and Ride“-System sowie das „Car and Bike-Sharing“ ausbauen und verbessern, bewerben und fest etablieren.

- Mehr für den Schutz vor Verkehrslärm tun: Adäquate Konzepte entwickeln, einen Priorisierungskatalog erstellen und sukzessiv wirksame Maßnahmen ergreifen.

DEMOGRAFISCHER WANDEL

SO SIEHT ES AUS

Essen schrumpft: Unsere Stadt ist nur noch die viertgrößte Stadt in NRW. Die Bevölkerungszahl ist in den letzten 5 Jahrzehnten um fast ein Viertel gesunken – von 750.000 Einwohnern im Jahr 1963 auf derzeit 573.000. Der Bevölkerungsrückgang der letzten 25 Jahre variiert dabei auf Stadtbezirksebene zwischen 12,4 % (Bezirk VII) und 0,9 % (Bezirk VI).

Essen altert: Die Hälfte aller Essener ist älter als 45, der Anteil der Bürger über 65 beträgt schon heute rd. 21 % und jeder Zehnte ist bereits 75 Jahre und älter. Mittlerweile erreicht ein Drittel aller Einwohner das 85. Lebensjahr; 25 Jahre zuvor war das nur jedem Fünften vergönnt.

Die Alterspyramide wird auf den Kopf gestellt. Nur noch 15 % der Essener Bevölkerung sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Laut Prognose wird ihre Zahl bis 2020 weiter zurückgehen.

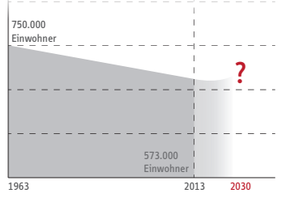
Essen wird bunter: Mehr als 138.000 Essener haben eine Zuwanderungsgeschichte. Die Zahl der Einwohner mit ausländischer oder doppelter Staatsangehörigkeit hat sich in den letzten 25 Jahren von 45.000 auf 117.000, darunter 50.000 Doppelstaatler, erhöht. Fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen hat einen nichtdeutschen oder einen Doppelpass. Die Verteilung der Ausländer und Doppelstaatler im Stadtgebiet variiert zwischen 51 % (Stadtkern) und knapp 4 % (Byfang).

Gut ein Drittel der Essener mit Zuwanderungsgeschichte stammt aus einem EU-Land, ein weiteres knappes Drittel aus dem übrigen Europa und der Türkei und ein knappes Drittel aus dem „Rest der Welt“. Rd. 23.000 Türken bilden die größte Nationalitätengruppe, gefolgt von 19.000 Polen. Das Nationalitätenspektrum der Essener Migranten hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich globalisiert und in Richtung Asiaten und Afrikaner verschoben.

SO WOLLEN WIR HANDELN

Essen schrumpft. Aber unsere Stadt soll wieder wachsen. Deshalb:

- Einen „Masterplan Demografie“ erarbeiten, um den demografischen Wandel in Essen konzeptionell und administrativ meistern zu können. Die nötigen Steuerungsinstrumente entwickeln, um vom Wandel zu profitieren und Demografiegewinner zu werden.
- Die Bewältigung des Demografischen Wandels als Querschnittsaufgabe für nahezu alle Politik- und Verwaltungsbereiche begreifen und ein gezieltes Einwohnermanagement etablieren.
- In der interkommunalen Konkurrenz um junge Familien, gut qualifizierte Menschen und Talente aktiv und bürgerorientiert agieren. Die Stadt lebt von der Ressource Mensch!



Grafik zur Bevölkerungsentwicklung in Essen

- Alle kommunalen Möglichkeiten ausschöpfen, damit sich Berufspendler in Essen niederlassen und Essener Bürger werden.
- Den eingeleiteten Stadtumbau gezielt fortsetzen und im Wohnungsbau einen Modernisierungsschub entwickeln.
- Schnell und gezielt Wohnraum für die wachsende Studentenzahl schaffen und in einer konzertierten Aktion der Wohnungsgesellschaften Wohnungsleerstände zu Studentenwohnungen umrüsten.

DEMOGRAFISCHER WANDEL

Essen altert. Aber unsere Stadt muss sich dieser Herausforderung stellen. Deshalb:

- Mit konzeptionellem Weitblick die Weichen für zukünftig gewünschte Entwicklungen stellen, auf die Solidarität der Generationen bauen, Familien sowie innerfamiliale Unterstützungssysteme stärken, die Selbstorganisation der Älteren fördern und dem Subsidiaritätsprinzip Geltung verschaffen.

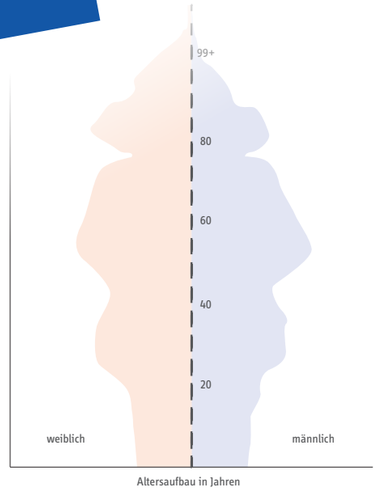
- Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe verstehen. Akteure vernetzen, Angebote, Dienste und Einrichtungen strukturieren und koordinieren, sozialräumig denken und eine quartiersbezogene Altenhilfeplanung entwickeln.

- Bedarfs- und altersgerechte Infrastrukturen schaffen, frühe Aktivierungssysteme aufbauen und präventive Maßnahmen in den Stadtteilen systematisch verankern. Mehr-Generationen-Wohnen und andere gemeinschaftliche Wohnformen als Alternative zur Heimunterbringung entwickeln und die Wohnungsgesellschaften zur Vorreiterrolle bewegen.

**Bürgergerechte Zukunft gestalten.
Demografischen Wandel meistern.
Zuwanderung steuern.**

- Über neue Angebote der Gesundheitsversorgung und haushaltsnahen Dienstleistungen die Lebensqualität älterer Menschen steigern und damit zugleich Arbeitsplätze schaffen sowie die Notwendigkeit teurer stationärer Pflege durch Vorbeugung hinauszögern.

- Die Attraktivität unserer Stadt als Gesundheitsstandort ausspielen, mit Urbanität überzeugen sowie durch zeitgemäße Wohnarrangements der Abwanderung gut situierter Senioren vorbeugen und den Generationen überspannenden Trend zur Rückkehr in die Stadt befördern.



Aktuelle Essener Alterspyramide

Essen wird bunter. Aber unsere Stadt muss Zuwanderung steuern. Deshalb:

- Die Zuwanderung in unsere Stadt im Rahmen kommunaler Handlungsmöglichkeiten steuern. Willkommen sind uns Zuwanderer, die unsere Stadt bereichern. Qualifizierte und zur Qualifizierung bereite Migranten, die sich integrieren, brauchen wir.

- Eine dauer- und massenhafte Zuwanderung von Armutsflüchtlingen und sich nicht integrierende Parallelgesellschaften aber lehnen wir ab. Eine realistische Integrationspolitik ohne Schönfärberei betreiben.

- Ein integratives Handlungskonzept für alle kommunalen Politikfelder entwickeln und die intensive Vermittlung von Sprachkompetenz zur vorrangigen Handlungsperspektive erklären.

- Keine falschen Anreize für Menschen schaffen, die keine Chance auf ein Bleiberecht haben. Das „Essener 3-Phasen-Modell zur Unterbringung von Asylbewerbern“ durchsetzen.

Der „Wiener Weg der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ)” wird exakt übernommen und zum Essener Weg des ESSENER BÜRGER BÜNDNIS:

„Zusammenleben. So geht’s!

1. Wer in Essen leben will, soll sich auch zu Essen und zu einem Zusammenleben in Respekt und Rücksichtnahme bekennen.

2. Die gemeinsame Sprache in Essen ist deutsch. Wer hier leben will, muss Deutsch können.

3. Essen soll wieder wachsen. Internationalität und Weltoffenheit sind die Voraussetzungen, damit Essen erfolgreich bleibt und Chancen auf Arbeit und Wohlstand bietet.

4. Der Zugang zu sozialen Leistungen unserer Stadt und Gesellschaft gilt für alle. Jeder muss aber zur Gemeinschaft und zum Erhalt der sozialen Sicherheit für alle beitragen.

5. Alle Bevölkerungsgruppen sollen in Essen aktiv am gesellschaftlichen Leben mitwirken. Sie sollen sich in ihrem privaten Umfeld, in ihrer Arbeitswelt, in öffentlichen Einrichtungen und auch in der Politik engagieren können.

6. In Essen kann man einer Religion angehören oder auch nicht. Verhaltensweisen, die unseren gesellschaftlichen Regeln und Werten widersprechen, sind aber nicht erwünscht“

WOHNEN UND BAUEN

SO SIEHT ES AUS

Unsere Stadt verfügt über die geringsten Wohnbauflächen-Potenziale pro Einwohner im Revier, hat aber mit den größten Bestand an Nachkriegsbauten. Dreiviertel aller Wohnungen entstammen den Baujahren 1968 und älter.

Essen hat das höchste Preisniveau für Baugrundstücke und folgerichtig auch die höchsten Preise für Einfamilienhäuser. Deren Anteil am Wohnungsbestand fällt vergleichsweise gering aus.

Die bis jetzt ständig sinkende Haushaltsgröße hat das Problem des inadäquaten Wohnungsbestandes bislang verschleiert. Aber noch in diesem Jahrzehnt wird auch in Essen die Zahl der Haushalte zurückgehen. Prognostiziert wird ein zukünftiger Wohnungsbestands-Überhang.

Die aktuelle Marktlage ist durch zu geringe Wohnungsbautätigkeit und wenig Neigung zu Investitionen in Qualität gekennzeichnet. Essen ist für viele nur Arbeitsstadt. Das Fernwanderungs-Plus durch Migranten wird durch das Nahwanderungs-Minus infolge der Bildung von Wohneigentum jenseits der Stadtgrenzen überkompensiert. Darüber hinaus erzeugt Migration innerstädtische Wanderungsmuster mit Ausweichbewegungen in „bessere“ Stadtviertel und Nachbarkommunen.

SO WOLLEN WIR HANDELN

- Ungünstige Wanderungsmuster und Pendlerströme durch gezielten Stadtumbau verändern und insbesondere Uni-Absolventen und Pendler als potenzielle Essener Bürger umwerben. Jungen Familien Alternativen zur Abwanderung in den „Speckgürtel“ des Ruhrgebiets bieten.

- Alle relevanten Akteure am Wohnungsmarkt zusammenbringen und insbesondere den wachsenden Leerstand als Hebel zur qualitativen Aufwertung des Immobilienbestandes nutzen.

Wohnungsbestand aufwerten.
Stadtumbau betreiben.
Wohnqualität verbessern.

- Die Stadt durch gezielten Rückbau und Auflockerung aufwerten.

- Den Prinzipien der nachhaltigen Stadtentwicklung folgend eine ausgewogene Bebauungsdichte herstellen: Flächenschonende Nachverdichtung, wo es angezeigt ist, und Auflockerung konzentrierter Bebauung durch Abriss von nicht mehr marktgängigen Überbeständen.

- Familien- und altersgerechten Wohnraum schaffen, Mehr-Generationen-Wohnen ermöglichen und attraktive neue Wohnbauflächen ausweisen.

- Sich abzeichnender Ballung sozialer Probleme in einzelnen Vierteln frühzeitig durch Quartiersmanagement entgegenwirken. Durch Leerstand und Renovierungsrückstand abgewirtschaftete Quartiere großflächiger abreißen und der Bildung minderwertiger „Wohnghettos“ entgegenwirken.

- Eine stärkere Entflechtung von Gewerbe und Wohnen anstreben und dem in Wohngebiete auswuchernden Gewerbe-Wildwuchs Einhalt gebieten.

- Nicht mehr benötigte städtische Immobilien schneller vermarkten und – wenn erforderlich – ggf. auch durch Vorleistungen der Stadt wie Abbruch von Gebäuden und Baureifmachung von Grundstücken forcieren.

- Öffentlicher Raum ist kein Leerraum! Die Wohnqualität definiert sich auch über Wohnumfeld, quartiersnahe Infrastruktur, architektonische Gestaltung sowie das Angebot von Gastronomie, Versorgungs- und Einkaufsmöglichkeiten etc. In Stadtteilen, die mit diesen Angeboten unzureichend ausgestattet sind, muss die Ansiedlung solcher Angebote gefördert werden.

KINDER UND JUGENDLICHE

SO WOLLEN WIR HANDELN

- Essener Familien und Lebensgemeinschaften mit Kindern vor sozialer Ausgrenzung bewahren. Den Anspruch „Großstadt für Kinder“ zukunftsorientiert ausgestalten. Wo städtische Mittel fließen, müssen familien- und damit kinder- und jugendfreundliche Komponenten enthalten sein.

- Schaffung wohnortnaher Strukturen für alle familiären Belange. Erziehungsberechtigten die notwendige Unterstützung für die Erziehung ihrer Kinder geben und sie in der Verantwortung bei der Erziehung ihrer Kinder stärken.

- Die Angebote der frühkindlichen Bildung in den KiTas systematisch weiter aus- und umbauen. Die Ü3- und U3-Angebote und die individuelle Betreuung durch Tagesmütter bedarfsgerecht ausgestalten.

- Auf Sprachförderung und das Beherrschen der deutschen Sprache bei Ü3-Kindern besonderen Wert legen.

- Konsequentes Einschreiten bei Vernachlässigung und Misshandlung. Frühwarnsysteme weiterentwickeln.

- Die Jugendsozialarbeit flächendeckend weiterentwickeln. Verstärktes Streetworking in Problembezirken und an informellen Treffpunkten von Kindern und Jugendlichen.

**Familien unterstützen.
Kinder und Jugendliche fördern.
Eltern in ihrer Verantwortung stärken.**

- Angebote für Jugendliche außerhalb von Vereins- und Verbandsstrukturen in nichtkommerziellen Jugendeinrichtungen ermöglichen. Intensive Begleitung aller freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit und Förderung von Sportvereinen, die integrative Angebote machen. Lernschwache Kinder in Musik-, Theater- u. a. Projekte einbinden.

- Weiterentwicklung von Frei- und Bolzplätzen zu Spiel- und Sporttreffpunkten. Ferienspatzangebote gezielt Kindern und Jugendlichen in Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf anbieten.

- Der Suchtproblematik im Jugendbereich durch Aufklärung, Präventionsmaßnahmen und Sanktionen begegnen. Niederschwellige Hilfsangebote zur Vorbeugung machen.

- Gegen Graffiti-Delikte mit gezielten Sanktionen vorgehen und zugleich legale Graffiti-Flächen ausweisen.

- Den Abbau der Arbeitslosigkeit im U25-Bereich mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten forcieren.

SCHULE UND BILDUNG

SO WOLLEN WIR HANDELN

- Die Essener Schul- und Bildungslandschaft zukunfts- und leistungsorientiert profilieren. Essen zum herausragenden Bildungsstandort im Ruhrgebiet weiterentwickeln.
- Eine nachhaltige Schul- und Bildungspolitik sowie eine sorgfältige und für alle Schulstufen bedarfsgerechte Schulentwicklungsplanung betreiben.

- Vielfalt der Essener Schullandschaft erhalten. Jedes Kind muss die für seine individuelle Förderung beste Schulform besuchen können.
- Die Anzahl der Grundschulstandorte reduzieren und die Zweizügigkeit zur Regelanforderung erheben.
- „Fördern und Fordern“: Individuelle Schulabschlüsse für alle und Herstellung von Ausbildungsbefähigung zu obersten Zielen des Essener Bildungsmanagements erklären. Durch entsprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote – auch in Verbindung mit der Jugendsozialarbeit – sicherstellen, dass kein Schüler das Schulsystem ohne qualifizierten Schulabschluss verlässt. Jeder muss die seinen Begabungen gemäße Förderung erhalten.
- Die Flexibilität offener Ganztagsangebote erhalten - trotz der einfacheren Organisation geschlossener Formate.
- Kinder mit besonderem Förderbedarf benötigen auch besondere Förderung und Unterstützung. Inklusion im Schulbereich darf nicht von ideologischen Setzungen, sondern muss vom Wohl des Kindes ausgehen und dessen individuelle und spezifische Förderung in den Mittelpunkt stellen. Deshalb: Eine Abschaffung der Förderschulen verhindern, Entscheidungsrecht und Verantwortungspflicht der Eltern wahren. Gegenüber dem Land NRW auf der Einhaltung des Konnexitätsprinzips bestehen!
- Gute Schulen benötigen attraktive Schulgebäude. Ein „Dekaden-Projekt Schulneubau“ entwickeln, vernachlässigte Schulgebäude sanieren und renovieren sowie marode Schulgebäude durch neue Lernorte ersetzen, die modernen pädagogischen und baulichen Ansprüchen gerecht werden.
- Immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund stellen eine Herausforderung für die Stadtgesellschaft dar. Ihr Bildungserfolg ist der Schlüssel zu gelingender Integration und mitentscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.
- Entscheidend für Bildungserfolg und gesellschaftliche Partizipation ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Deshalb: Die interkulturellen Maßnahmen und Projekte insbesondere auf eine effektive Förderung der deutschsprachigen Kompetenzen konzentrieren, Mütter/Väter in Sprachtrainings integrieren und die Förderprogramme evaluieren.
- Lernen – ein lebenslanger Prozess. In Verbindung mit der Universität Duisburg-Essen und den anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Essen adäquate Bildungsangebote entwickeln, um die Herausforderungen der sich rasant verändernden Wissensgesellschaft zu bewältigen.

KULTUR UND WISSENSCHAFT

SO WOLLEN WIR HANDELN

KULTUR

- Die positiven Ansätze aus dem Kulturhauptstadtjahr 2010 aufgreifen und weiterentwickeln. Kulturförderung auch als Standortförderung begreifen und Initiativen, die Essen als Stadt lebenswert und attraktiv machen, stützen.
- Mit dem Weltkulturerbe Zollverein Impulse für den Strukturwandel der gesamten Region setzen und langfristig einen Zollverein-Effekt à la Bilbao erzeugen. Zollverein als Tourismus-Magneten für die Stadt und die Region nutzen.
- Museen, Theater, Philharmonie: den bisherigen Weg fortsetzen - Budgets ohne Qualitätseinbußen konsolidieren.
- Etablierte Einrichtungen der freien Kulturszene wie Grend / Courage / Freudenhaus / Studiobühne / Zeche Carl gezielt unterstützen.

- Die freie Kunstszene durch preiswerte Immobilienüberlassung in ihrer Existenz sichern.
- Kultur in den Stadtteilen sowie studentisches Leben als Beitrag zur Förderung der städtischen Lebensqualität unterstützen. Die bisherigen Ansätze, z. B. das „Kreativquartier City Nord Essen“, fortführen. Stadtkultur und Urbanität sind eng miteinander verflochten.
- Musikalische Trends aufgreifen und fördern.
- Erhaltenswerte Technik-Denkmäler als kulturelles Erbe betrachten und als touristische Attraktionen nutzen. Dem Verfall insbesondere industriekultureller Denkmäler vorbeugen und Sanierungsinitiativen ergreifen.

Durch Kultur und Wissenschaft Essen nach vorne bringen.

WISSENSCHAFT

- Stadt und Universität stärker vernetzen, die räumliche Integration des Campus vorantreiben. Das Projekt „Green Urban Campus“ der Universität Duisburg-Essen unterstützen.
- Den Essener Universitäts-Campus zum Wissenschafts-Campus weiterentwickeln und arrondieren. Weitere Wissenschafts- und Forschungsinstitute (z. B. Max-Planck-Institut / Fraunhofer-Institut) universitätsnah ansiedeln.
- Auch die Folkwang-Universität der Künste auf dem Campus Zollverein stärker vernetzen und stadträumlich integrieren.
- Die Absolventen der Universitäten durch attraktive Arbeitsplätze der Unternehmen und Konzerne an die Stadt binden, um Abwanderung von innovativem Know-How zu vermeiden.
- Studienaussteiger nicht allein lassen, sondern in konzertierter Aktion von Universität, Wirtschaft und Stadt beraten und für die hiesige Wirtschaft gewinnen.

SPORT UND FREIZEIT

SO WOLLEN WIR HANDELN

Eine gezielte Sportförderung ist ein wichtiges kommunales Anliegen.

- Das strukturelle Defizit des Sporthaushalts beseitigen: Kommunale Sportinfrastruktur konzentrieren und modernisieren, aufgegebene Sportanlagen zügig vermarkten, private Sportinitiativen aufgreifen, gewerbliche Sport- und Freizeitparks in eine stadtgesellschaftliche Gesamtbetrachtung einbeziehen und Sport auch als Eventkultur besser ausnutzen.

- Breiten- und Spitzensport bedingen einander. Sportliche Betätigung findet auf allen Ebenen statt und muss in der gesamten Bevölkerung verankert werden.

Sport fördern.
Sportinfrastruktur optimieren.
Sporthaushalt sanieren.

- Spitzensport darf nicht der allein bestimmende Maßstab für die Sportpolitik sein. Über städtische Gesellschaften fließen jedes Jahr Millionen Euro in diesen Bereich. Es muss Transparenz geschaffen werden. Alle Ausgaben für den Sport müssen auf den Tisch. Die Förderung des Profisports ist keine kommunale Aufgabe. Einen „FC Rathaus“ darf es in keiner Sportart geben.

- Die kommunalen Rahmenbedingungen für den „Sport in Essen“ systematisch, priorisiert und schrittweise verbessern.

- Eine zeitgemäße und bürgergerechte Sportinfrastruktur als wesentlichen Faktor für Gesundheit und Lebensqualität vorhalten. Die Essener Sport- und Bäderlandschaft in enger Abstimmung mit den Vereinen sanieren und dabei vom Grundsatz „Konzentrieren und Optimieren!“ ausgehen.

- Die Sportinfrastruktur dem demografischen Wandel und dem veränderten Sport- und Freizeitverhalten gezielt anpassen: Multifunktionalität der Sportplätze stärken, Öffnungszeiten an gesellschaftliche Veränderungen anpassen, wenig frequentierte Sporteinrichtungen schließen, Sportanlagen zusammenführen und der Individualisierung und Differenzierung im Freizeitbereich Rechnung tragen.

- Den Kunstrasenplatzausbau sukzessive nach klaren Kriterien weiter vorantreiben.

- Alle Bürgerinnen und Bürger am Sport teilhaben lassen. Sport darf keine soziale Einbahnstraße sein. Den Sport auch als Chance zur Integrationsförderung sehen und dabei auf vorhandene Vereinsstrukturen setzen.

- Sport als Gesundheitsförderung der Stadtgesellschaft stärker herausstellen.

- Sportverwaltung und ESPO erarbeiten gemeinsam ein laufend fortzuschreibendes interdisziplinäres Sportentwicklungskonzept auf der Grundlage jährlicher Sportberichte und Trendanalysen.

WIR ÜBER UNS

Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS (EBB) ist ein demokratischer Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft, aus allen Schichten und aus allen Essener Stadtteilen. Unsere Berufe und Erfahrungen stehen für Kompetenz und Verantwortung. Unsere Stadt ist unser Gemeinwesen. Dafür setzen wir uns gemeinsam ein.

Als freie und unabhängige Wählervereinigung sind wir keiner Ideologie und keinen parteipolitischen Interessen, sondern ausschließlich dem Wohl unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. Stadtpolitik ist für uns Politik der Bürger durch die Bürger für die Bürger. Als mündige Bürger brauchen wir keinen Vormund. Wir wollen die Bürgergesellschaft und nicht die Parteienherrschaft.

Als engagierte Vertreter der Bürgergesellschaft und der kommunalen Demokratie sind wir nicht rechts und nicht links.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat der Stadt Essen.

Wir blicken nach vorn. Wir gehören keinem politischen Lager an. Wir sind selbstständig und damit unabhängige Kraft des Ausgleichs im Parteienstreit. Jedweden rechts- wie linksextremistischen Populismus bekämpfen wir. Wir setzen Sachpolitik anstelle von Parteipolitik. Fraktions- und Koalitionszwang sind uns fremd. Wir haben einfache und überschaubare Strukturen und legen großen Wert auf politische Transparenz. Eine Stadtpolitik zugunsten egoistischer Einzel- oder Klientelinteressen lehnen wir ab. Wir sind nur dem Gemeinwohl verpflichtet. Mit gesundem Menschenverstand und Augenmaß, Vernunft und Kompetenz suchen wir pragmatisch nach den besten Sachlösungen im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger. Der Dreiklang unserer Politik lautet deshalb: bürgernah – unabhängig – sachbezogen.

BILDNACHWEIS
Peter Wieler, Essen Marketing GmbH
Stadtbildstelle Essen
Stephan Krafzik
Brigitte Wawrowsky
iStockphoto

Die Essener Stadtpolitik ist verfilzt. Auf rotem Filz liegt schwarzer Filz und der ist inzwischen grün durchwirkt. Das aber ist kein Boden, auf dem die kommunale Demokratie gedeihen kann. Doch der „Konzern Stadt“ gehört nicht den Parteien und nicht der Verwaltung. Unsere Stadt gehört den Bürgern. Wir sind der Souverän der Stadtpolitik. Es ist Zeit, dass die Stadt den Bürgern zurückgegeben wird. Einmischen ist daher für uns Bürgerpflicht! Die Zeit ist reif für eine stadtpolitische Alternative und eine bessere Stadtpolitik.

Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS (EBB) ist die stadtpolitische Stimme der Essener Bürgerinnen und Bürger!

ESSENER ERKLÄRUNG 2014 (Textauszug)

WIR ZÄHLEN AUF SIE!

Am 25 Mai haben wir Bürger es in der Hand. Wir entscheiden über die Zukunft unserer Stadt. Auf Ihre Stimme kommt es an. Wir zählen auf Sie!

ESSENER BÜRGER BÜNDNIS EBB

Für eine bessere Stadtpolitik:
bürgerorientiert - ideologiefrei - pragmatisch

KONTAKTDATEN
Tel. 0201-244 999 0
Fax 0201-244 999 9
Mail info@EBB-Fraktion.de
Web www.buergerwaehlen.de

BÜRGER. POLITIK. ZUKUNFT.
FÜR UNSERE STADT. EBB.

ESSENER BÜRGER BÜNDNIS
EBB

V.i.S.d.P. ESSENER BÜRGER BÜNDNIS
Bäuminghausstr. 11 · 45326 Essen